

Antrag 270/I/2024

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nutzung der Berliner Gewässer nachhaltiger und sicherer gestalten

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
2 hauses und des Senates setzen sich für ein zukunftsge-
3 richtetes Wassertourismuskonzept ein, das auf die Ver-
4 besserung der Stadtnatur, den Erhalt der Gewässerquali-
5 tät zur Trinkwassersicherheit sowie die Nutzung leiserer
6 fossilfreier Motoren zielt.

7
8 Weiterhin setzen sie sich für einen Senatsbeschluss ein,
9 dessen Kern die Erwirkung einer Länderausstiegsklausel
10 innerhalb der Sportbootführerscheinverordnung ein, so-
11 dass auf Bundeswasserstraßen in Berlin die Höchstgrenze
12 der Führerscheinfreiheit von 15 auf 5 PS gesenkt werden
13 kann.

14

Begründung

15 Die Beliebtheit der Wasserflächen steigt. Es ist schön,
16 wenn viele Berlinerinnen oder Touristen die Stadt aus
17 einer neuen Perspektive erleben. Zugleich steigen Nut-
18 zungskonflikte auf den Berliner Wasserstraßen kontinu-
19 ierlich. Durch die Heraufsetzung der Führerscheinfreiheit
20 von 5 auf 15 PS explodierte die Zahl der Nutzerinnen. Lei-
21 der fahren sie zu oft ohne Kenntnisse der Verkehrsregeln
22 und ohne die nötige Beherrschung des Motorbootes. Die
23 Folge sind Gefahren für Mensch und Natur. Die Ufer wer-
24 den insbesondere von dem hohen Wellenschlag massiv
25 geschädigt, Brutplätze für Wasservögel verschwinden. Für
26 schwächere Verkehrsteilnehmer, insbesondere muskelbe-
27 triebene Wassersportlerinnen (Kanu, Rudern), steigt die
28 Gefahr des Kenterns. Der Leistungssport und das Kinder-
29 und Jugendtraining leiden.

30

31

32

33

34

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Nutzung der Berliner Gewässer nachhaltiger und sicherer gestalten

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
hauses und des Senates werden aufgefordert, sich für
ein zukunftsgerichtetes Wassertourismuskonzept einzu-
setzen, das auf die Verbesserung der Stadtnatur, den Er-
halt der Gewässerqualität zur Trinkwassersicherheit so-
wie die Nutzung leiserer fossilfreier Motoren zielt.

Weiterhin setzen sie sich für einen Senatsbeschluss ein,
dessen Kern die Erwirkung einer Länderausstiegsklausel
innerhalb der Sportbootführerscheinverordnung vorsieht,
sodass auf Bundeswasserstraßen in Berlin die Höchst-
grenze der Führerscheinfreiheit von 15 auf 5 PS gesenkt
werden kann, um die Sicherheit aller beteiligten Personen
und anderer zu gewährleisten.

Begründung

Die Beliebtheit der Wasserflächen steigt. Es ist schön,
wenn viele Berlinerinnen oder Touristen die Stadt aus
einer neuen Perspektive erleben. Zugleich steigen Nut-
zungskonflikte auf den Berliner Wasserstraßen kontinu-
ierlich. Durch die Heraufsetzung der Führerscheinfreiheit
von 5 auf 15 PS (3,68 auf 11,03 Kilowatt) explodierte die Zahl
der Nutzerinnen. Leider fahren sie zu oft ohne Kenntnis-
se der Verkehrsregeln und ohne die nötige Beherrschung
des Motorbootes. Die Folge sind Gefahren für Mensch und
Natur. Die Ufer werden insbesondere von dem hohen Wel-
lenschlag massiv geschädigt, Brutplätze für Wasservögel
verschwinden. Für schwächere Verkehrsteilnehmer, ins-
besondere muskelbetriebene Wassersportlerinnen (Kanu,
Rudern), steigt die Gefahr des Kenterns. Der Leistungs-
sport und das Kinder- und Jugendtraining leiden.